



### Studie: Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf

Die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein neues und zentrales Anliegen von Eltern in Deutschland. Sie erwarten von Politik und Wirtschaft angemessene Rahmenbedingungen, um diese zu realisieren. Dies ist eines der Ergebnisse aus der Studie "Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf", die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig gemeinsam mit Prof. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach vorgestellt hat.

(7.7.2015) ([www.vernetzungsstelle.de](http://www.vernetzungsstelle.de))



### Schwesig-Sonderprogramm „Kita plus“

Mit einem Sonderprogramm „Kita plus“ will Bundesfamilienministerin Schwesig im kommenden Jahr die Kinderbetreuung in „Randzeiten“ fördern. Kitas sollen im Bedarfsfall auch abends oder nachts geöffnet sein können, um die Kinderbetreuung von Schichtarbeiter/innen zu gewährleisten. Das Programm soll auf 3 Jahre angelegt und mit zusätzlichen Bundesmitteln von 100 Mio Euro ausgestattet werden.

(15.07.2015)



### Flexible Arbeitszeiten und betriebliche Kinderbetreuung

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wächst das Bedürfnis „nach größerer Flexibilität bei den Arbeitszeiten und entsprechenden Freiräumen für das Privatleben“. Wichtiger werden den Beschäftigten auch das Angebot einer betrieblichen Kindertagesbetreuung und die Möglichkeit der kurz- und mittelfristigen Freistellung für familiäre Erziehungs- und Pflegeaufgaben. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Stuttgart unter mehr als 700 Unternehmen der Region. Nach Angaben der IHK ist etwa jedes dritte Unternehmen bereit, sich auf die Wünsche ein- und umzustellen. Fast 70 % der Unternehmen bejahen individuelle vereinbarte Freistellungen von der Arbeit, und etwa 50 % wollen künftig verstärkt Arbeit von zu Hause aus anbieten. „Eher gering“ ausgeprägt sei der Wunsch nach betrieblichen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf allerdings in den männerdominierten Branchen, vor allem in der Bauwirtschaft.

Ein weitreichender Wunsch vieler Beschäftigter in Deutschland nach längeren Arbeitszeiten hat das Statistische Bundesamt ermittelt. Diesen Wunsch, so wird betont, hätten nicht nur teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/innen; auch knapp 1,3 Mio Vollzeitbeschäftigte würden gern länger arbeiten wollen, wenn sie damit mehr verdienen können. Von den Teilzeitbeschäftigten wollen 1,6 Mio länger arbeiten. Kürzere Arbeitszeiten wünschten dagegen 823.000 Vollzeitbeschäftigte und knapp 100.000 Teilzeitbeschäftigte. Die Statistiker errechneten aus den Wünschen nach längerer bzw. kürzerer Arbeitszeit ein brachliegendes Arbeitspotenzial von 22,6 Mio Wochenstunden oder 566.000 Vollzeitarbeitsplätzen. Der DGB interpretierte die Arbeitszeitstatistik als Beleg dafür, dass Frauen überwiegend unfreiwillig auf Teilzeittätigkeiten beschränkt seien und länger arbeiten wollten, während viele vollzeitbeschäftigte Männer gern reduzieren möchten

(fpd 15.07.2015)

## **Antidiskriminierungsstelle des Bundes**

### **Umfrage „Diskriminierung in Deutschland“**

Am 1. September startet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die Umfrage zum Thema „Diskriminierung in Deutschland“. Bis zum 30. November 2015 können sich alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren zu ihren selbst erlebten oder beobachteten Diskriminierungserfahrungen äußern. Diese Umfrage, die gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung durchgeführt wird, soll Diskriminierungen sichtbar machen. Es soll erhoben werden, welche Auswirkungen Diskriminierung auf Menschen haben und wie sie damit umgehen. Die Ergebnisse der Umfrage und Handlungsempfehlungen wird die Antidiskriminierungsstelle dem Deutschen Bundestag vorlegen.

Unter [www.umfrage-diskriminierung.de](http://www.umfrage-diskriminierung.de) finden Sie alle Informationen zur Umfrage und ab dem 1. September auch den direkten Link zum Fragebogen.

Wenn Sie über Ihre Internetportale an die Umfrage Hinweisen wollen, können Sie diese auf Ihre Webseiten und Social-Media-Seiten stellen und mit der URL [www.umfrage-diskriminierung.de](http://www.umfrage-diskriminierung.de) verlinken. Inhaltliche Fragen zur Umfrage beantwortet die Projektverantwortliche bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, [Nathalie.Schlenzka@ads.bund.de](mailto:Nathalie.Schlenzka@ads.bund.de), Telefon: 030 18555 1813

Flyer zur Umfrage und weitere Materialien zur Bewerbung der Erhebung können bei Bedarf unter [Stefanie.Bewersdorff@ads.bund.de](mailto:Stefanie.Bewersdorff@ads.bund.de), Telefon 030 18555 1817 bestellt werden.